osteuropa

Wirtschaft

Steuerwettbewerb in der erweiterten EU

Wachstum in den Beitrittsökonomien

Privatisierungsstrategien

Die Landwirtschaft der neuen

EU-Mitglieder

Die polnische Agrarlobby

50. Jahrgang

Juni 2005

ISSN 0030-6460

2 2005

Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. Berliner Wissenschafts-Verlag

CONTENTS

ARTICLES

Hella Engerer Let's go East – Competition in Taxation in the Mechthild Schrooten Enlarged European Union				
Ognian N. Hishow	Factors of Growth in the Accession Economies: Can the Lisbon-Strategy be Implemented?	96		
Siniša Kušić	Is This What Is The Best What Was Possible? On Path Dependency in the Process of Privatization	111		
Zdenek Lukas Josef Pöschl	The Agriculture of the New Member States One Year After	125		
Heiko Pleines	The Political Influence of the Polish Agrarian Lobby	151		
BOOK REVIEWS				
Jiří Kosta	Die tschechische/tschechoslowakische Wirtschaft im mehrfachen Wandel (Reviewed by. von FL. Altmann)	165		
Zdisław Sadowski	Transformacija I rozwój – wybór prac (Reviewed by P. Pysz)	167		
New Books		170 172		

Heiko Pleines

Der politische Einfluss der polnischen Agrarlobby

Zusammenfassung

Die polnische Agrarlobby hat sowohl über politische Parteien als auch über Massenproteste die polnische Politik kontinuierlich beeinflusst. Bauernparteien errangen bis zu 28% der Parlamentssitze und sie stellten von 1991 bis 2003 den Landwirtschaftsminister. Es gelang den Interessenvertretern der Landwirtschaft jedoch nie sich auf eine gemeinsame Strategie zu verständigen. Sowohl politische Konflikte zwischen Neokommunisten, Solidarnośćnahem Lager und Populisten, als auch wirtschaftliche Interessengegensätze zwischen Großbetrieben, Familienbetrieben und Nebenerwerbswirtschaften verhinderten eine Einigung. Die Übernahme der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU wurde zu einer schweren Belastung, die erstmals zum Ausscheiden einer Bauernpartei aus der Regierung führte. Die zunehmende Frustration der Landbevölkerung verhalf seit Ende der 1990er Jahre der populistischen Samoobrona zum Aufstieg. Die Parlamentswahlen vom Oktober 2005 haben diese Entwicklung bestätigt.

Abstract

The Polish agricultural lobby has permanently influenced Polish politics with the help of political parties and mass protests. Agrarian parties received up to 28% of parliamentary seats and nominated the minister for agriculture from 1991 to 2003. However, the representatives of agriculture could never agree on a common strategy. Political conflicts between neo-communists, the Solidarność camp and populists as well as differing economic interests between big agroindustrial enterprises, family farms and part-time farmers prevented from an agreement. The adoption of the EU's Common Agricultural Policy became a serious challenge for the agricultural lobby, and for the first time caused an agrarian party to leave the government. Since the late 1990s the growing frustration of the rural population led to the rise of the populist Samoobrona. The parliamentary elections of October 2005 have confirmed this development.

Einleitung

Mit dem Ende der sozialistischen Planwirtschaft und der Preisliberalisierung zu Lasten landwirtschaftlicher Produkte stürzte die polnische Landwirtschaft in eine Krise. Ihr Anteil am BIP sank im Verlauf der 1990er Jahre von 7% auf 3%. Da

¹ Zur wirtschaftlichen Lage der polnischen Agrarbetriebe nach dem Ende der Planwirtschaft siehe etwa: Hilary Ingham, Mike Ingham: "How big is the problem of Polish agriculture?", in: *Europe-Asia Studies*, 2/2004, S.213-234; Matthew Gorton, Sophia Davidova: "Farm productivity and efficiency in the CEE applicant countries. A synthesis of results", in: *Agricultural Economics*, 1/2004, S.1-16; Agnes Borsig, Michael Kriszan: "Die Landwirtschaft Polens zwischen Transformation und Strukturwandel", in: *Europa Regional*, 2/2003, S.46-56; Martin Petrick u.a.: "Poland's agriculture. Serious

auf dem Lande keine alternativen Arbeitsplätze geschaffen wurden, steigerte die Agrarkrise die Überbeschäftigung in der Landwirtschaft und führte gleichzeitig zu hoher (oft verdeckter) Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum und entsprechenden sozialen Problemen.²

Mit den Beitrittsverhandlungen zur EU begann in Polen 2001 die Anpassung der nationalen Politik an die Gemeinsame Agrarpolitik der EU, wobei zum einen Handelsschranken abgebaut wurden und zum anderen Marktpreisstützungen gegenüber Direktzahlungen an Bedeutung verloren.³ Viele polnische Bauern standen diesen Maßnahmen skeptisch gegenüber und befürchteten weitere Einkommensverluste durch den EU-Beitritt.

Auf die Verschlechterung ihrer Lage haben die polnischen Bauern wiederholt mit teilweise auch gewaltsamen Massenprotesten reagiert. Gleichzeitig konnten Interessenvertreter der Landwirtschaft bis zu 28% der Sitze im polnischen Parlament erringen, nach den Parlamentswahlen vom Oktober 2005 sind es immerhin noch 18%. Die Bauern können so erheblichen politischen Druck ausüben. Hier sollen deshalb die Wege der Einflussnahme und der Erfolg der polnischen Agrarlobby einer näheren Analyse unterzogen werden.

Die polnische Agrarlobby

Im Gegensatz zu allen anderen sozialistischen Planwirtschaften im von der Sowjetunion dominierten Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wurde in Polen keine umfassende Kollektivierung der Landwirtschaft durchgesetzt. Die staatlich organisierten agroindustriellen Großbetriebe wurden zwar gegenüber den privatbäuerlichen Betrieben bis zum Beginn der 1980er Jahre bevorzugt, hatten aber nur einen Anteil von weniger als einem Viertel am bewirtschafteten Boden. Im Ergebnis blieb die polnische Landwirtschaft von kleinen Familienbetrieben geprägt, die allerdings über die Verpflichtung zum Verkauf der gesamten Produkti-

competitor or Europe's poorhouse? Survey results on farm performance in selected Polish voivodships and a comparison with German farms", *IAMO Discussion Paper*, Nr. 37 (2001).

² Zu den sozialen Folgen der Agrarkrise siehe zum Beispiel: Krzysztof GORLACH, Zbigniew DRAG, Piotr NOWAK: "Ku wsi zdezagraryzowanej? Ludność wiejska i rolnicza w świetle wybranych danych spisu powszechnego", in: *Studia Socjologiczne*, 1/2004, S.31-45; Olaf Kühne: "Landwirtschaft und Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum Polens", in: *Osteuropa Wirtschaft*, 2/2002, S.149-172; Agnes BORSIG, Michael KRISZAN: *Die sozio-ökonomischen Auswirkungen des Strukturwandels der polnischen Landwirtschaft. Dargestellt am Beispiel des Landkreises Złotów in der Wojwodschaft Wielkopolska*, Hannover 2002.

³ Gute Überblicksdarstellungen sind etwa: Elmar RIEGER: "Wohlfahrt für Bauern? Die Osterweiterung der Agrarpolitik", in: *Osteuropa*, 5-6/2004, S.296-315; Ralph Michael WROBEL: "Gemeinsame Agrarpolitik und EU-Osterweiterung. Strukturpolitische Konsequenzen für die Landwirtschaft in Polen", in: *Osteuropa-Wirtschaft*, 2/2004, S.140-161; Malgorzata CZERNIELEWSKA: "Measuring the effects of integration of the Polish agriculture with the European Union", in: *Comparative Economic Research. Central and Eastern Europe*, 1-2/2000, S.195-213.

⁴ Für alle anderen RGW-Staaten lag der Anteil staatlicher Betriebe am landwirtschaftlich genutzten Boden bei über 85%.

on an staatliche Handelsbetriebe und über die Regulierung des gesamten wirtschaftlichen Umfeldes eng in die Planwirtschaft eingebunden waren.⁵

Neben der staatlichen Diskriminierung, die sich vor allem in fehlenden Investitionen zeigte, führten auch vergleichsweise geringe Betriebsgrößen bei nur niedrigem Spezialisierungsgrad dazu, dass die polnischen Privathöfe eine geringe Produktivität aufwiesen. Die historisch unterschiedliche Entwicklung einzelner polnischer Regionen aufgrund der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Staaten hatte allerdings erhebliche regionale Differenzierungen zur Folge. Die Mehrheit der privatbäuerlichen Betriebe befand sich in Mittel- und Ostpolen. Die meisten agroindustriellen Großbetriebe entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg in Westpolen durch die Umwandlung vormals deutscher Höfe. In Südpolen hingegen dominierten aufgrund der in der Habsburger Monarchie üblichen Realerbteilung Kleinstbetriebe, die aufgrund der geringen Betriebsgröße häufig nur als Nebenerwerbswirtschaften geführt wurden.

Während die privatbäuerlichen Betriebe in Polen über das Ende der sozialistischen Planwirtschaft hinaus weitgehend unverändert bestehen blieben, wurden die staatlichen agroindustriellen Großbetriebe einer umfangreichen Reorganisation unterzogen. Da ihre hohe Verschuldung eine Privatisierung verhinderte, wurden die Großbetriebe der staatlichen Agentur für Landwirtschaftliches Eigentum übergeben, die einige wenige Betriebe verkaufte und die übrigen verpachtete. Die Pächter investierten in Betriebsmodernisierungen und entließen einen großen Teil der Beschäftigten, um die Effizienz der Betriebe zu verbessern. Aufgrund der Dominanz privatbäuerlicher Betriebe besteht die polnische Landwirtschaft jedoch aus einer Vielzahl von Akteuren. Die größten 10% der Landwirtschaftsbetriebe bewirtschaften so nur 40% des landwirtschaftlichen Bodens.⁷

Die polnische Landwirtschaft wird dementsprechend weitgehend von unprofitablen Familienbetrieben dominiert, die staatliche Subventionen und Schutz vor Restrukturierung und Wettbewerb als überlebensnotwendig betrachten. Während die Nebenerwerbswirtschaften, die weitgehend vom Markt isoliert sind, den Schwerpunkt auf staatliche Transferleistungen setzen, haben kommerzielle Höfe, einschließlich vieler Vertreter der Großbetriebe, auch ein großes Interesse an Wettbewerbsbeschränkungen. Diese unterschiedlichen Interessenschwerpunkte erklären auch das Fehlen einer einheitlichen Haltung zur EU. Während die Subsistenzwirtschaften vor allem auf größere Transferzahlungen zu hoffen schienen,

⁵ Zur Landwirtschaft im sozialistischen Polen: Jerzy WILKIN (HRSG.): Gospodarka chlopska w systemie gospodarki socjalistycznej, Warschau 1988 (englisch als: Peasant farming in the system of the socialist economy, Warschau 1989); Jean-Charles SZUREK: "Family farms in Polish agricultural policy 1945-1985", in: Eastern European Politics and Societies, 2/1987, S.225-254.

⁶ Ekkehard Buchhofer: "Agrarsoziale Veränderungen in Polen seit 1988 in ihrer regionalen Differenzierung im Überblick", in: Ekkehard Buchhofer, Wolfgang Quaisser (Hrsg.): Agrarwirtschaft und ländlicher Raum Ostmitteleuropas in der Transformation, Marburg 1998, S.35-58.

⁷ Zvi LERMAN, Csaba CSAKI, Gershon FEDER: "Land policies and evolving farm structures in transition economies", World Bank Working Paper, Nr. 2794, Washington 2002, S.110.

befürchteten viele der kommerziellen Betriebe verstärkten Wettbewerb innerhalb des gemeinsamen EU-Marktes und den Verlust des GUS-Marktes.⁸

Diese Interessenunterschiede sind wohl eine der wesentlichen Ursachen, warum der Organisationsgrad der Bauern trotz weit verbreiteter Unzufriedenheit mit der staatlichen Agrarpolitik vergleichsweise gering ist. Weniger als 20% gehörten 1999 einer politischen Partei an. Parteien im weiteren Sinne 10 sind dabei die einzige relevante Form der organisierten politischen Interessenvertretung der Bauern.

Die älteste dieser Parteien ist die Polnische Bauernpartei (PSL), die aus der kommunistischen Blockpartei "Vereinigte Bauernpartei" (ZSL) hervorgegangen ist. Die ZSL war 1949 als offizielle Vertretung der Bauern gegründet worden und sollte als kommunistische Schwesterpartei die Bauern in das sozialistische System integrieren. Genauso wie die in den 1970er Jahren geschaffene Nationale Vereinigung der Bauerngenossenschaften und –organisationen (KZKiOR), die gleichzeitig die Funktionen einer Gewerkschaft der in der Landwirtschaft Beschäftigten und eines Dachverbandes der Privatbauern wahrnahm, wurde auch die ZSL bis Ende der 1980er Jahre von der kommunistischen Partei dominiert und besaß nur sehr begrenzte Handlungsspielräume.

In Opposition gegen die kommunistische Partei bildeten sich aber auch unter den Privatbauern seit Ende der 1970er Jahre oppositionelle Gruppen, die öffentliche Protestaktionen organisierten. Anfang der 1980er Jahre dominierten drei Gruppierungen der Solidarność-Bewegung die bäuerliche Opposition. ¹¹ Vor den Parlamentswahlen 1991 schlossen sich die Solidarność-nahen Bauernbewegungen zur Polnischen Bauernpartei – Bauernallianz (PSL-PL) zusammen.

⁸ Überblicke über repräsentative Umfragen unter den polnischen Bauern geben (in chronologischer Reihenfolge der Umfragezeitpunkte): Maria NAWOJCZYK: "Facing the new challenge. Polish villagers on European integration", in: *Eastern European Countryside*, 1996, S.71-76; Krystyna SZAFRANIEC: "Polish peasants – between "real socialism" and "real capitalism"", in: *Eastern European Countryside*, 1998, S.49-64, hier: S.58-59; Andrzej BIEŃKOWSKI u.a.: "Opinions of owners of family farms on the problems of integration of our agriculture into the European Union", in: *Comparative Economic Research. Central and Eastern Europe*, 1-2/2000, S.176-188; Jerzy WILKIN: "Rural Poland in the process of systemic transformation. Attitudes of the rural population towards the market, state and European integration", in: *Emergo*, 4/1999, S.75-86, hier: S.80-83, 86; Hilary Ingham, Mike Ingham: "How big is the problem of Polish agriculture?", in: *Europe-Asia Studies*, 2/2004, S.213-234, hier: S.229-230.

⁹ Martin Petrick u.a.: "Poland's agriculture. Serious competitor or Europe's poorhouse? Survey results on farm performance in selected Polish voivodships and a comparison with German farms", *IAMO Discussion Paper*, Nr. 37 (2001), S.24.

Dieser weite Parteienbegriff umfasst alle Organisationen, die zu nationalen Parlamentswahlen antraten - unabhängig von ihrer Selbstbezeichnung, die häufig auf Begriffen wie "Gewerkschaft" oder "gesellschaftliche Bewegung" basierte.

[&]quot;I' Zur Entwicklung politischer Bewegungen der polnischen Bauern im Sozialismus siehe: Krzysztof Gorlach: "On repressive tolerance. State and peasant farm in Poland", in: *Sociologia Ruralis*, 1/1989, S.23-33; Maria Halamska: "Peasant movements in Poland 1980-1981. State socialist economy and the mobilization of individual farmers", in: Louis Kriesberg u.a. (Hrsg.): *Social movements as a factor of change in the contemporary world*, Greenwich/CT 1988, S.147-160.

Als die von der Solidarność geführte Regierung 1989 im Rahmen ihrer "Schocktherapie" marktwirtschaftliche Reformen einleitete und damit einen dramatischen Einbruch landwirtschaftlicher Einnahmen bewirkte, nutzte die ZSL die Unzufriedenheit der Bauern, um sich in der postsozialistischen Parteienlandschaft zu etablieren. Dazu nannte sie sich 1990 in Bauernpartei (PSL) um und integrierte die Bauernpartei-Wilanów aus der antikommunistischen Opposition, um Legitimität zu gewinnen. Gleichzeitig übernahm die PSL die Infrastruktur und die Mitglieder der ZSL und besaß damit eine landesweite organisatorische Basis.

Insgesamt existierten Anfang der 1990er Jahre fünf Bauernparteien, die sich jeweils an unterschiedliche Segmente der bäuerlichen Wähler richteten. Zum einen vertraten sie unterschiedliche politische Lager, zum anderen unterschieden sie sich bezüglich ihrer Forderungen an die staatliche Agrarpolitik. 12

Die 1990er Jahre wurden geprägt vom Gegensatz zwischen dem aus den Kommunistischen Parteien hervorgegangenen linken Lager, dem unter den Bauernparteien die PSL und KZKiOR angehörten, und dem aus der Oppositionsbewegung Solidarność entstandenen konservativen Lager, das unter den Bauernparteien von der PSL-PL und seit ihrer Abspaltung von der PSL-PL im Mai 1992 auch von der Bäuerlich-Christlichen Partei (SLCh) vertreten wurde. Die "Selbstverteidigung" (Samoobrona) als populistische Bewegung ist in diesem ideologischen Parteienspektrum nicht eindeutig zu verorten.

Bezüglich ihrer Position zur Agrarpolitik lassen sich drei Gruppen unterscheiden. Die Reformverweigerer wurden repräsentiert von KZKiOR und Samoobrona. Die moderaten Reformer, die im Rahmen einer Marktwirtschaft weit reichende Subventionen und Wettbewerbsbeschränkungen für die Landwirtschaft erhalten wollten, wurden vertreten von der Polnischen Bauernpartei (PSL) und der Polnischen Bauernpartei – Bauernallianz (PSL-PL). Darüber hinaus gab es mit der Bäuerlich-Christlichen Partei (SLCh) eine Bauernpartei, die sich für eine weitgehende Liberalisierung der Agrarpolitik einsetzte.

Während die Bauernparteien in ihrer Gesamtheit in den 1990er Jahren die Interessen der Mehrheit der landwirtschaftlichen Betriebe in der Politik vertraten, griff eine kleinere Gruppe der Bauern wiederholt auch zu öffentlichen Protesten. Dabei lassen sich zwei Protestwellen unterscheiden. Die erste dauerte von 1989 bis 1993, die zweite hatte ihren Höhepunkt 1989/99. Diese Protestwellen waren jedoch nicht auf die Bauern beschränkt, sondern wurden von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen getragen.

Bauernproteste

Der Anteil der Bauern an der Gesamtheit der Protestaktionen der Jahre 1989-1993 lag so nur bei etwa 10%. Industriearbeiter und Staatsbedienstete hatten beide einen erheblich größeren Anteil an den Protestaktionen.¹³ Grundsätzlich fand die

Die folgende Kategorisierung folgt: Krzysztof GORLACH: "The peasant issue in contemporary Poland", in: *Polish Sociological Review*, 2/1995, S.141-158.
Grzegorz EKIERT, Jan KUBIK: "Collective protest in post-communist Poland 1989-1993.

¹³ Grzegorz EKIERT, Jan KUBIK: "Collective protest in post-communist Poland 1989-1993. A research report", in: *Communist and Post-Communist Studies*, 2/1998, S.91-117, hier: S.100. Ausführlicher zum Untersuchungsdesign: Grzegorz EKIERT, Jan KUBIK: *Rebelli-*

Mehrheit der bäuerlichen Protestaktionen auf der lokalen Ebene statt. Weniger als ein Viertel der Protestaktionen waren landesweit organisiert.

Bei allen Protestaktionen in den frühen 1990er Jahren verlangten die Bauern eine Erhöhung der Agrarsubventionen und wandten sich gegen eine auf Liberalisierung orientierte Wirtschaftspolitik. Die ersten Proteste entstanden bereits 1989 spontan. Seit 1990 beteiligte sich dann die Solidarność-nahe Bauernbewegung NSZZ RI Solidarność an einigen Protesten. Die meisten Aktionen entstanden aber weiter ohne die Unterstützung einer gesellschaftlichen Organisation. Als Protestformen dominierten bis 1991 Demonstrationen und Straßenblockaden. Hinzu kamen eine Besetzung des Landwirtschaftsministeriums sowie Hungerstreiks. Die Solidarność-nahe Regierung reagierte mit Zwangsmaßnahmen auf die Proteste der Solidarność-nahen Bauernbewegung. Um einen offenen Bruch zu vermeiden, kam es anschließend zu Gesprächen, die zur Schaffung der Agentur für den Agrarmarkt führten, die die Preise für wichtige landwirtschaftliche Produkte stabilisieren sollte. Eine systematische Subventionierung der Landwirtschaft wurde von der Regierung jedoch abgelehnt.

Als Konsequenz veränderten die Protestaktionen dann ab 1992 mit dem Auftreten von Samoobrona ihren Charakter. Samoobrona organisierte 1992/93 fast die Hälfte aller bäuerlichen Proteste und trug deutlich zu ihrer Radikalisierung bei. Neben Demonstrationen und Straßenblockaden traten jetzt gewaltsame Übergriffe auf Polizisten und für landwirtschaftliche Betriebe zuständige Gerichtsvollzieher. Samoobrona lehnte sowohl eine Koalition mit den anderen Bauernparteien als auch Gespräche mit der Regierung ab.

1993 kam es zu einem deutlichen Rückgang der Teilnehmerzahlen bei bäuerlichen Protestaktionen und 1994 wurden kaum noch Proteste organisiert. ¹⁴ Das Ende der bäuerlichen Proteste lässt sich auf drei zentrale Gründe zurückführen. Erstens begann in Polen die wirtschaftliche Erholung nach der Phase der reforminduzierten Übergangskrise. Zweitens realisierte die 1993 angetretene Koalitionsregierung des linken Lagers gezielte Unterstützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Betriebe wurden nun systematisch subventioniert. Drittens wurde das bäuerliche Lager sowohl politisch als auch wirtschaftlich gespalten. Auf der politischen Ebene standen sich die Bauernparteien des linken und des konservativen Lagers gegenüber. Auf der wirtschaftlichen Ebene verlief eine

.

ous civil society. Popular protest and democratic consolidation in Poland 1989-1993, Ann Arbor 1999. Eine kritische Diskussion der Erhebungsmethode findet sich bei Mark KRAMER: "Collective protests and democratization in Poland 1989-1993. Was civil society really ,rebellious'?", in: Communist and Post-Communist Studies, 2/2002, S.213-221 sowie die folgende Diskussion, ebd. S.223-236. Die im folgenden zitierten Zahlen zum Ausmaß der Proteste 1989-1993 aus den Publikationen von Krzysztof GORLACH u.a. basieren ebenfalls auf der Erhebung von EKIERT / KUBIK.

¹⁴ Alle Zahlenangaben zur Protestwelle 1989-1993 nach: Grzegorz Foryś, Krzysztof Gorlach: "The dynamics of Polish peasant protests under post-communism", in: *Eastern European Countryside*, 8/2002, S.47-65. Siehe außerdem: Bartłomiej Marks: "Trzy wymiary Samoobrony czyli źródła sukcesu partii Andrzeja Leppera", in: *Studia Polityczne*, 14/2000, S.7-33; Krzysztof Gorlach: "Freedom for credit. Polish peasant protests in the era of communism and post-communism", in: *Polish Sociological Review*, 1/2000, S.59-83.

Trennungslinie zwischen kommerziellen Betrieben, für die die Regulierung des Agrarmarktes von zentraler Bedeutung war, und Nebenerwerbswirtschaften, die nur an Subventionen interessiert waren.

Erst als die konservativ-liberale Regierungskoalition die neokommunistische Regierung ablöste, kam es 1998/99 wieder zu einer Protestwelle der Bauern. Anlass hierfür war der Einbruch der Agrarexporte in die GUS nach der russischen Finanzkrise von 1998. Der resultierende deutliche Rückgang der Einkommen landwirtschaftlicher Betriebe reichte, um eine neue Protestwelle auszulösen. Die Bauern forderten eine Kompensation für ihre Verluste durch höhere staatliche Abnahmepreise und Importbeschränkungen für Agrarprodukte. Im Gegensatz zu den Jahren 1989-93 wurden die Proteste jetzt landesweit von NSZZ RI Solidarność gemeinsam mit der neokommunistischen KZKiOR und Samoobrona koordiniert. Getragen wurden die Proteste von einer radikalen Minderheit unter den Bauern. Insgesamt nahmen nur 12% der Bauern Ende der 1990er Jahre an Protestaktionen teil und nur 7% beteiligten sich mehr als einmal.

Auch Ende der 1990er Jahre waren die Bauern nicht die einzige soziale Gruppe, die gegen die Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung protestierte. Neben den Arbeitern der Schwerindustrie wurden die Bauern jetzt aber zu zentralen Akteuren der Protestbewegung. Die Proteste begannen im Juli 1998 mit einer Demonstration von 15.000 Getreidebauern in Warschau. Im Winter kam es dann zu einer Ausweitung und Radikalisierung der Proteste der Bauern. Etliche Verkehrswege und der wichtigste Grenzübergang zur EU wurden für zwei Wochen blockiert. Im Februar 1999 akzeptierte die Regierung zentrale Forderungen der Bauern und versprach ein langfristiges Entwicklungsprogramm, den "Sozialvertrag für den ländlichen Raum", einzuleiten. 15 Trotz dieser Zugeständnisse gingen die Proteste der Bauern weiter. Die Führung von Samoobrona lehnte das Ergebnis ab. Im Mai 1999 verhandelten dann die drei Organisatoren der Bauernproteste gemeinsam mit der Regierung, die der Festlegung höherer staatlich garantierter Mindestpreise für Getreide zustimmte. Die Zugeständnisse der Regierung aus den Vereinbarungen vom Februar und Mai führten dann zum Ende der Massenproteste. Die Zusagen der Regierung bewirkten einen deutlichen Anstieg der staatlichen Subventionen. Er wurde jedoch bereits im Jahre 2000 wieder rückgängig gemacht. Die Agrarsubventionen fielen auf den tiefsten Stand seit 1992. 16

Obwohl Ende der 1990er Jahre mehrere Organisationen der Bauern Proteste organisierten und mit der Regierung verhandelten, gelang es Samoobrona zunehmend sich als treibende Kraft darzustellen. Seit März 1999 trat Samoobrona vorrangig alleine auf, teilweise indem parallele Proteste organisiert wurden. Erleichtert wurde der Samoobrona die Übernahme einer dominierenden Position dadurch, dass die PSL genau wie die in der Regierungskoalition vertretene größte konservative Bauernpartei, die SKL, nicht an den Protesten teilnahm. Folge war, dass die PSL nur begrenzt von der Unzufriedenheit der Bauern mit der konservativen Regierung profitieren konnte. In einer Umfrage erklärten 1999 nur 9% der

¹⁵ Im Juli 1999 verabschiedete die Regierung dann eine "integrierte Strukturpolitik für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum". Das auf sieben Jahre angelegte Programm sah Wirtschaftsfördermaβnahmen und Infrastrukturinvestitionen vor.

¹⁶ Zahlen für die Agrarsubventionen zeigt Tabelle 3 am Ende des Textes.

Bauern, dass die PSL ihre Interessen verteidigen würde. Samoobrona hingegen kam auf 27%.¹⁷ Dies bedeutete einen fundamentalen Wandel der Kräfteverhältnisse gegenüber der Situation Anfang der 1990er Jahre.

Die Bauernparteien im Parlament

Bei den Parlamentswahlen 1991 lag die PSL mit knapp 9% deutlich vor der PSL-PL, die gut 5% erreichte, während alle anderen Bauernparteien nicht genug Stimmen für eine Vertretung im Parlament erhielten. Bei den Parlamentswahlen 1993 gelang es der PSL dann mit landesweit 15% die große Mehrheit der bäuerlichen Stimmen zu gewinnen und als zweitgrößte Fraktion in den Sejm einzuziehen. Die PSL-PL hingegen verpasste mit 2% deutlich den Einzug ins Parlament und lag sogar noch hinter Samoobrona, die fast 3% erreichte. Mitte der 1990er Jahre war die PSL damit die zentrale Interessenvertretung der polnischen Bauern, die auch Regierungsverantwortung übernahm.

Die Regierungskoalition mit der Union der Demokratischen Linken (SLD) von 1993 bis 1997 zwang die PSL in der Agrarpolitik erhebliche Kompromisse einzugehen. Das deutliche Abweichen von den weit reichenden Forderungen aus dem Wahlkampf führte zur Enttäuschung vieler PSL-Wähler. Gleichzeitig bewirkte es parteiinterne Konflikte zwischen den Verfechtern einer traditionellen Subventionspolitik und reformorientierten Kräften. Bei den Parlamentswahlen 1997 erreichte die Partei nur noch 7% der Stimmen, was den Machtverlust der Koalition bedeutete. Die folgende Krise der PSL führte zum Einflussverlust der reformorientierten Mitglieder.

Die Schwäche der PSL nutzte das Solidarność-Lager, um mit der erst 1997 gegründeten Konservativen Bauernunion (SKL) ¹⁸ Stimmen der bäuerlichen Landbevölkerung zurückzugewinnen. Als Mitglied des Wahlbündnisses Solidarność (AWS) zog die SKL mit 27 Abgeordneten ins Parlament ein und war damit zahlenmäßig genauso stark wie die neue PSL-Fraktion. Samoobrona hingegen verschwand mit 0,1% in der Bedeutungslosigkeit.

Mit dem Wahlsieg der AWS konnte nun die SKL Regierungsverantwortung übernehmen. Sowohl die angespannte Haushaltslage als auch der Widerstand des liberalen Koalitionspartners, der Freiheitsunion (UW), verhinderten aber eine Agrarpolitik entsprechend der Forderungen der SKL. Im Frühjahr 2001 entschied dann die Mehrheit der SKL-Abgeordneten, aus der AWS-Fraktion auszuscheiden und in die neu geschaffene Bürgerplattform (PO) einzutreten. Diese Entscheidung

¹⁷ Alle Zahlenangaben zur Protestwelle 1998/99 nach: Grzegorz Foryś, Krzysztof Gorlach: "The dynamics of Polish peasant protests under post-communism", in: *Eastern European Countryside*, 8/2002, S.47-65. Siehe außerdem: Jakub Plazynski: "Public protests. Legal regulation and legal responsibility in the Polish case", in: *Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa*, Nr. 75 (2006), in Vorbereitung; Bartłomiej Marks: "Trzy wymiary Samoobrony czyli źródła sukcesu partii Andrzeja Leppera", in: *Studia Polityczne*, 14/2000, S.7-33; Krzysztof Gorlach: "Freedom for credit. Polish peasant protests in the era of communism and post-communism", in: *Polish Sociological Review*, 1/2000, S.59-83.

¹⁸ Zusammenschluss der PSL-PL mit der SLCh und etlichen kleineren Parteien.

nur ein halbes Jahr vor der Parlamentswahl änderte aber nichts an der Enttäuschung der bäuerlichen Wählerschaft.

Aufgrund starker Stimmenverluste bei den Parlamentswahlen von 2001 verlor die SKL als Mitglied der PO ihre politische Bedeutung. Die PSL konnte jedoch mit einem Stimmenanteil von 9% nur begrenzt von der Schwäche der SKL profitieren. Stattdessen gelang erstmals der populistischen Samoobrona der Einzug ins Parlament. Mit über 10% der Wählerstimmen wurde sie zur stärksten bäuerlichen Interessenvertretung im Sejm. Im Ergebnis besaß Samoobrona 53 Sejm-Abgeordnete, die PSL 42 und die SKL 9, die 2002 die PO verließen und eine eigene Fraktion gründeten. Die Samoobrona-Fraktion schrumpfte jedoch im Laufe der Legislaturperiode erheblich und hatte vor der Wahl im Oktober 2005 nur noch 31 Mitglieder. Nach der Wahl wurde ihre Fraktion mit 12% erneut die stärkste Vertretung bäuerlicher Interessen, gefolgt von der PSL mit nur noch 6%.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die polnischen Bauernparteien mit einem gemeinsamen Stimmenanteil von 15% bis 20% bei den Parlamentswahlen 1991 bis 2005 eine wichtige politische Kraft in Polen darstellen. ¹⁹ In Abhängigkeit davon, wie viele Parteien an der Prozenthürde scheiterten, schwankte ihr Stimmenanteil im Sejm stärker und erreichte bis zu 28%, wie Tabelle 1 zeigt. Die politische Durchsetzungskraft der Bauernparteien wurde jedoch geschwächt durch die Zugehörigkeit zu rivalisierenden politischen Lagern, die Kooperation unmöglich machte. Dementsprechend kann im polnischen Fall nicht von einer geschlossenen Agrarlobby gesprochen werden. Gleichzeitig verdeutlichen die starken Schwankungen im Kräfteverhältnis zwischen den Bauernparteien, dass die Wählerbindung bei allen Bauernparteien vergleichsweise schwach ist. ²⁰ Zentrale Tendenz der Parlamentswahlen waren dementsprechend dramatische Stimmenverluste für die jeweils an der Regierungskoalition beteiligte Bauernpartei. ²¹

¹⁹ Die Bauernparteien zusammen haben damit bei allen Parlamentswahlen die Stimmen von mehr als 80% der bäuerlichen Wähler (nicht Wahlberechtigten) erhalten.

²⁰ Aufgrund der Übernahme der sozialistischen Parteiorganisation ist die PSL als mitgliederstärkste polnische Partei landesweit vertreten und scheint als einzige Bauernpartei eine Stammwählerschaft von mehr als 5% zu haben.

Zur Entwicklung der Bauernparteien siehe: Bartłomiej Marks: "Trzy wymiary Samoobrony czyli źródła sukcesu partii Andrzeja Leppera", in: Studia Polityczne, 14/2000, S.7-33; Ania Krok-Paszkowska: "Samoobrona. The Polish self-defence movement", in: Petr Kopecky, Cas Mudde (Hrsg.): Uncivil society? Contentious politics in post-communist Europe, London 2003, S.114-133; Aleks Szczerbiak: "The Polish Peasant Party. A mass party in post-communist Eastern Europe?", in: East European Politics and Societies, 3/2002, S.554-588; Economist Intelligence Unit: Country Report Poland. June 2001, London 2001, S.13-14; Krzysztof Gorlach, Patrick Mooney: "Defending class interests. Polish peasants in the first years of transformation", in: John Pickles, Adrian Smith (Hrsg.): Theorising transition. The political economy of post-communist transformations, London 1998, S.262-283; Krzysztof Gorlach: "The peasant issue in contemporary Poland", in: Polish Sociological Review, 2/1995, S.141-158.

	I. Sejm	II. Sejm	III. Sejm	IV. Sejm	V. Sejm	
	(1991-93)	(1993-1997)	(1997-2001)	(2001-2005)	(Okt. 2005)	
PSL	11%	28%	6%	9%	6%	
PSL-PL	5%	-	-	-	-	
SKL	-	-	6%	2%	-	
Samoobrona	-	-	-	10%	12%	
7usammen	16%	28%	12%	21%	18%	

Tabelle 1: Die Bauernparteien im polnischen Parlament 1991-2005 Stimmenanteil der Fraktionen

Bemerkung: Es wird jeweils der durchschnittliche Stimmenanteil für die gesamte Legislaturperiode angegeben.

Quellen: Sejm (www.sejm.gov.pl) und Staatliche Wahlkommission (www.pkw.gov.pl).

Die Bauernparteien in der Regierung

Direkt für die Agrarpolitik verantwortlich ist in der polnischen Regierung das Landwirtschaftsministerium. Von Ende 1991 bis Frühjahr 2003 war der polnische Agrarminister immer Vertreter einer Bauernpartei, wie Tabelle 2 zeigt. Alle diese sieben Landwirtschaftsminister hatten Agrarökonomie studiert. Vier von ihnen betrieben während ihrer Amtszeit einen privaten landwirtschaftlichen Betrieb. Die übrigen besaßen ebenfalls Berufserfahrung in der Landwirtschaft. Mit einer Ausnahme waren alle bereits im Sozialismus in der kommunistischen Bauernpartei bzw. in der oppositionellen Solidarność-nahen Bauernbewegung aktiv gewesen. ²²

Als Vertreter einer Koalitionspartei hatten die Landwirtschaftsminister immer die Möglichkeit, den Regierungskurs mitzubestimmen. Stärker war die Position der Bauernpartei dabei in den Koalitionen des linken Lagers, da die PSL ein grö-Beres Stimmengewicht besaß. Dies zeigte sich auch formal in der Tatsache, dass Landwirtschaftsminister aus der PSL immer zugleich auch die Position eines stellvertretenden Ministerpräsidenten erhielten. (Tabelle 2)

Gleichzeitig gab es neben dem Landwirtschaftsministerium in der Regierung jedoch weitere Akteure, die agrarpolitische Kompetenzen besaßen. Sowohl im Wirtschafts- als auch im Finanzministerium existierten Abteilungen für Landwirtschaft. In den Verhandlungen über den EU-Beitritt musste das Landwirtschaftsministerium seine Haltung mit der gesamten Regierung abstimmen. Vor allem in den konservativ-liberalen Koalitionen der Solidarność-nahen Parteien ergab sich regelmäßig ein Konflikt zwischen den Vertretern einer marktwirtschaftlichen Liberalisierung im Wirtschafts- und Finanzministerium und den Vertretern der Bauernparteien im Landwirtschaftsministerium. Zwischen den beiden Lagern vermitteln konnte der Ministerpräsident. Gleichzeitig konnten beide Lager versuchen, durch Einflussnahme auf das Parlament ihre Position im Gesetzgebungsprozess durchzusetzen. Der resultierende Konflikt führte zu einigen Koalitionskrisen.

 $^{^{22}}$ Alle biographischen Angaben nach: Polska Agencja Informacyjna: $\mathit{Kto}\ \mathit{jest}\ \mathit{kim}\ \mathit{w}$ polityce polskiej, Warschau 1993; Polska Agencja Informacyjna: Kto jest kim w Polsce, Warschau 2001 sowie polnische Personendatenbank (www.ludzie.pl) und Kanzlei des Ministerpräsidenten (www.kprm.gov.pl).

Landwirtschaftsminister	Partei	Amtszeit	Regierungs-	
			koalition	
Gabriel Jankowski	PSL-PL	12/1991 - 10/1993	Solidarność-nahe	
			Parteien	
Andrzej Smietanko	PSL	10/1993 – 3/1995	SLD, PSL	
Roman Jagielinski	PSL	3/1995 – 4/1997	SLD, PSL	
Jaroslaw Kalinowski	PSL	4/1997 – 10/1997	SLD, PSL	
Jacek Janiszewski	SKL	10/1997 – 3/1999	AWS, UW	
Artur Balazs	SKL	3/1999 – 10/2001	AWS (UW)	
Jaroslaw Kalinowski	PSL	10/2001 - 3/2003	SLD, UP, PSL	
Adam Tánski	parteilos	3/2003 - 6/2003	SLD, UP	
Wojciech Olejniczak	SLD	7/2003 - 5/2005	SLD, UP	
Józef Jerzy Pilarczyk	SLD	5/2005 - 10/2005	SLD, UP	

Tabelle 2: Die polnischen Agrarminister 1992-2005

Quellen: Kanzlei des Ministerpräsidenten (www.kprm.gov.pl); EIU Country Reports Poland, London 1996-2004.

Die zunehmende Belastung der Agrarlobby durch die EU-Beitrittsverhandlungen, deutlich sinkende Agrarsubventionen infolge eines hohen Haushaltsdefizits und populistischer Druck von Samoobrona führten dann im Frühjahr 2003 zum ersten Mal zum Regierungsaustritt einer Bauernpartei. Damit war zum ersten Mal seit 1991 der polnische Landwirtschaftsminister kein Vertreter der Agrarlobby. Statt-dessen übernahm zuerst mit Adam Tánski ein parteiloser Experte das Amt, der jedoch schnell am politischen Widerstand gegen seine Vorhaben scheiterte. Bis zu den Parlamentswahlen im Oktober 2005 wurde das Ministerium dann von Vertretern der SLD geleitet, die ihre Karriere als Parteipolitiker im Parlament und als Bürokraten im Landwirtschaftsministerium gemacht hatten.²³

Resümee

Mit den marktwirtschaftlichen Reformen von 1989 stürzte die polnische Landwirtschaft in eine akute Krise. Mit dem Ende der planwirtschaftlichen Unterstützung und den Preisliberalisierungen subventionierte die Landwirtschaft 1990 de facto die privaten Haushalte. Gegen den damit verbundenen Einkommensverlust regte sich schon früh Widerstand der landwirtschaftlichen Betriebe.

Den landwirtschaftlichen Betrieben gelang aber aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen nicht der Zusammenschluss zu einer gemeinsam Agrarlobby. Zum einen gab es eine Konfliktlinie zwischen linken, konservativen und populistischen Kräften. Zum anderen trennten wirtschaftspolitische Prioritäten die unterschiedlichen Betriebsformen (Großbetriebe, Privatwirtschaften und Subsistenzwirtschaften).

Die Interessen der Landwirtschaft wurden so von einer Vielzahl rivalisierender Bauernparteien und Protestbewegungen vertreten, die unterschiedliche Strategien der Einflussnahme auf Politik verfolgten. Die PSL aus dem linken Lager so-

²³ Kanzlei des Ministerpräsidenten (www.kprm.gov.pl); EIU *Country Reports Poland*, London 1996-2005.

wie aus dem konservativen Lager die PSL-PL, SLCh und SKL setzten als Interessenvertretung der Bauern auf eine Regierungsbeteiligung über die erfolgreiche Teilnahme an Parlamentswahlen. Mit der KZKiOR und der NSZZ RI Solidarność gab es aber sowohl im linken wie auch im rechten Lager eine Gruppierung, die eine Konfrontationsstrategie vertrat und Protestaktionen organisierte. Bei den großen Protestwellen sowohl 1992/93 als auch 1998/99 wurden allerdings beide von der populistischen Samoobrona marginalisiert. Auch ihre Vertretung im 2001 gewählten Sejm nutzte Samoobrona für eine Fortsetzung der Konfrontationsstrategie. Es steht zu vermuten, dass sich dies auch nach dem Erfolg bei den Parlamentswahlen im Oktober 2005 nicht ändern wird.

Die Einflussmöglichkeiten der Interessenvertreter der Landwirtschaft sind dementsprechend unterschiedlich. Die PSL sowie die konservative Bauernpartei konnten ihre Strategie der Regierungsbeteiligung nur erfolgreich umsetzen, wenn ihr politisches Lager die Wahlen gewann. 1991-93 sowie 1997-2001 war dies für die konservative Bauernpartei gegeben, 1993-97 und 2001-03 für die PSL. In allen Fällen entstand durch die Regierungsbeteiligung der Bauernpartei ein Konflikt innerhalb der Regierung. Während die Interessenvertreter der Bauern das Landwirtschaftsministerium dominierten, besetzten andere Regierungsparteien das Wirtschafts- und Finanzministerium und forderten eine Einschränkung der staatlichen Unterstützung für die Landwirtschaft. Anfang und Ende der 1990er Jahre provozierte dieser Konflikt Massenproteste, 2003 führte er zum Bruch der Regierungskoalition.

Die Protestparteien, am prominentesten vertreten durch Samoobrona, waren in den 1990er Jahren in der Politik weitgehend isoliert. Nur wenn es ihnen gelang, Massenproteste zu initiieren bzw. zu instrumentalisieren, konnten sie als Sprachrohr der Protestierenden Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen erzwingen. Erst mit ihrem Einzug ins Parlament nach den Wahlen von 2001 etablierte Samoobrona sich als permanente politische Kraft.

Die Interessenvertretung der polnischen Landwirtschaft ist also durch wechselnde Konstellationen charakterisiert. Auch der Erfolg der politischen Einflussnahme war dabei erheblichen Schwankungen unterworfen. Zentraler Indikator für den Erfolg ist dabei im Falle der Agrarlobby der Umfang der staatlichen Subventionen, da staatliche Unterstützung immer die zentrale Forderung aller Interessenvertreter der polnischen Landwirtschaft war.

Um die staatliche Unterstützung für die Landwirtschaft quantifizieren zu können, hat die OECD ein System entwickelt, das den monetären Effekt aller staatlichen Maßnahmen bestimmt und anschließend in Bezug zum Marktpreis der gesamten landwirtschaftlichen Produktion setzt. Dieses Producer Support Estimate (PSE)²⁴ gibt an, welcher Teil der Brutto-Einnahmen landwirtschaftlicher Betriebe durch staatliche Maßnahmen direkt (etwa über Subventionen) oder indirekt (etwa über Preisregulierung) finanziert wurde.

Die Preisliberalisierung von 1989/90 führte in Polen zu einem deutlichen Einbruch des PSE, wie Tabelle 3 zeigt. Da die Preise für Grundnahrungsmittel künst-

²⁴ Früher von der OECD als Producer Subsidy Equivalent bezeichnet. Die Umbenennung nach 2002 ging mit einer Neuberechnung der Werte einher, die zu teilweise erheblichen Revisionen führte.

lich niedrig gehalten wurden, subventionierte die Landwirtschaft zeitweise andere Sektoren der Volkswirtschaft, insbesondere die privaten Haushalte. In Polen lag das PSE so 1990 bei –18%. Relativ schnell organisierte die Regierung aber ein Subventionssystem für die Landwirtschaft, das zu einem positiven PSE führte. Der Umfang der Subventionen unterschied sich jedoch je nach Machtkonstellation in der Agrarpolitik erheblich.

Die starke Regierungsbeteiligung der PSL von 1993 bis 1997 bewirkte eine stabile Subventionierung der Landwirtschaft. Die Unterstützung für die Landwirtschaft, gemessen als PSE, lag während der Amtszeit der PSL im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch wie zu Zeiten der vorhergehenden konservativen Regierungen. Gleichzeitig schwankte der Umfang der Subventionierung um maximal 5 Prozentpunkte, während die Schwankung 1990-1993 bei 34 Prozentpunkten und 1998-2001 immerhin bei 13 Prozentpunkten lag.

Nach dem Regierungsverlust der PSL Ende 1997 zeigte sich das Erfolgspotential einer Konfliktstrategie. Das mit Abstand höchste PSE im post-sozialistischen Polen wurde erreicht, als gegen die Agrarpolitik der konservativen Regierung Massenproteste organisiert wurden. Nur in den Protestjahren 1998/99 erreichten die polnischen Agrarsubventionen in ihrem relativen Umfang fast das Durchschnittsniveau der OECD-Länder.

Nach dem Abklingen der Proteste gab die liberal-konservative Regierung jedoch ihre Subventionierungspolitik sofort auf. Im Rahmen eines Abkommens mit der EU vom September 2000 wurde der Handel mit Agrarprodukten liberalisiert. Insgesamt sank das PSE auf den niedrigsten Stand seit 1992. 2002 wurden die Agrarsubventionen dann von der Koalition unter Beteiligung der PSL, die im Herbst 2001 an die Macht kam, wieder auf das Mitte der 1990er Jahre in ihrer vorherigen Amtszeit erreichte Niveau erhöht. Als Folge der polnischen Haushaltskrise und der Beitrittsverhandlungen mit der EU waren aber auch die Spielräume der neuen Regierung begrenzt. Auf dem Kopenhagener Gipfel wurden im Dezember 2002 die Richtlinien für die Subventionierung der polnischen Landwirtschaft mit der EU vereinbart. Zusammen mit einem deutlichen Rückgang des PSE auf nur noch 8% bewirkte dies den Regierungsaustritt der PSL im Frühjahr 2003.

Tabelle 3: Agrarsubventionen 1986-2003 (PSE in %)

	1986-	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	1988							
Polen	10	- 18	7	9	16	21	16	19
OECD	37	37	37	35	35	34	31	29

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Polen	18	28	24	15	15	19	8	k.A.
OECD	28	33	35	32	31	31	30	30

Quelle: OECD: Agricultural Policies in OECD countries, Paris 2005, S.39; OECD: Agricultural Policies in OECD countries, Paris 2004, S.64.

Der Kompromiss mit der EU erlaubt jedoch eine Ausweitung der polnischen Agrarsubventionen. Während sie ursprünglich nur 25% des Durchschnitts der alten EU-Länder betragen sollten, wurden letztendlich für 2004 bereits 55%, für 2005 dann 60% und für 2006 anschließend 65% als Obergrenze vereinbart. Die zusätzlichen Subventionen, die über den ursprünglichen Vorschlag der EU hinausgehen, müssen allerdings vollständig aus dem polnischen Staatshaushalt bezahlt werden. ²⁵ Insofern wird ein großer Teil der polnischen Agrarpolitik weiterhin in Warschau gemacht und der Sejm wird erst einmal die Bühne der bäuerlichen Interessenvertretung bleiben.

Samoobrona, als derzeit größte Bauernpartei, ist jedoch aufgrund ihrer provozierenden Auftritte und fehlender Verhandlungsbereitschaft auf dieser Bühne ein Außenseiter, der sich schwerlich in einen konstruktiven Dialog integrieren läßt. Gegenüber der neuen konservativen Regierung wird auch der neokommunistischen PSL eine Einflussnahme auf die Agrarpolitik schwer fallen. Genau wie Anfang und Ende der 1990er Jahre könnten nur Massenproteste den Interessenvertretern der Landwirtschaft wieder Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen verschaffen. Wie wahrscheinlich diese werden, hängt wesentlich von der Stimmung der ländlichen Bevölkerung ab. Der Erfolg der Agrarpolitik bestimmt damit auch einen Teil der polnischen politischen Landschaft.

²⁵ Hierzu kann der Staat auch Mittel aus EU-Strukturfonds verwenden. Entscheidend ist in Bezug auf die Rolle der Agrarlobby aber nicht die Herkunft der Mittel, sondern die Tatsache, dass erstens die Regierung autonom über die Höhe der zusätzlichen Subventionen entscheidet und zweitens alle für zusätzliche Agrarsubventionen verwendeten Mittel aus anderen Posten des Haushalts abgezogen werden müssen.